

VEREINIGUNG
ÖSTERREICHISCHER
INDUSTRIELLER

An das
Präsidium des Nationalrates

Wien, 1988 03 25
DVw.Ku/Dk/231

Parlament
1010 Wien

Betrifft	GESETZENTWURF
Z'	10 -GE-9 88
Datum:	29. MRZ. 1988
Verf.	31. MRZ. 1988

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das ...
Versorgungssicherungsgesetz geändert wird

Dr. Kunz

Anbei erlauben wir uns, Ihnen 25 Kopien unserer an das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten gerichteten Stellungnahme zu dem oben genannten Gesetzentwurf zu übermitteln.

VEREINIGUNG ÖSTERREICHISCHER INDUSTRIELLER

Kapral Kunz

(Dr. Peter Kapral)

(DVw. Ingomar Kunz)

Beilagen

VEREINIGUNG
ÖSTERREICHISCHER
INDUSTRIELLER

An das
Bundesministerium für wirtschaftliche
Angelegenheiten

Wien, 1988 03 25
DVw.Ku/Dk/228

Schwarzenbergplatz 1
1011 Wien

Betrifft: Entwurf einer Novelle zum Energielenkungsgesetz
1982, GZ. 550.905/5-VIII/1/88

Die Vereinigung Österreichischer Industrieller dankt dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten für die Übersendung oben zitierter Gesetznovelle und erlaubt sich, mitzuteilen, daß sie den vorgesehenen Änderungen im Wesentlichen zustimmt.

Zu den einzelnen Bestimmungen:

Zu Art. II, § 1, Abs. 1:

Nach dieser Bestimmung können zur Abwendung einer unmittelbar drohenden Störung oder zur Behebung einer bereits eingetretenen Störung der Energieversorgung Österreichs Lenkungsmaßnahmen ergriffen werden. Diese Bestimmung ist bereits im derzeit gültigen Gesetz in dieser Form enthalten. Wir glauben jedoch, daß der Tatbestand zu allgemein formuliert ist und daß Kriterien festzusetzen sind, nach denen einwandfrei festgestellt werden kann, daß eine Störung der Energieversorgung Österreichs unmittelbar droht oder bereits eingetreten ist.

Zu § 27:

So sehr wir Änderungen im Energielenkungsgesetz zur erwünschten Angleichung an die anderen Wirtschaftslenkungs-

- 2 -

gesetze begrüßen, müssen wir doch feststellen, daß die Strafbestimmungen in einem nicht vertretbaren Ausmaß verschärft werden sollen. Der Verfall von Waren und die Verhängung von Freiheitsstrafen im geplanten Ausmaß, insbesondere aber auch die Erhöhung der Geldstrafen um 566 % auch für nur versuchte Übertretungen erscheint uns nicht akzeptabel. Wir bitten daher, die vorgesehenen Strafen auf ein realistisches, vertretbares Ausmaß zu senken.

Der Ordnung halber wird mitgeteilt, daß unter einem 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates übermittelt werden.

VEREINIGUNG ÖSTERREICHISCHER INDUSTRIELLER



(Dr. Peter Kapral)



(DVw. Ingomar Kunz)